

Herrn Ma Jinsheng
Generalkonsul der Volksrepublik China in Hamburg
Elbchaussee 268
22605 Hamburg

**Tibet Initiative Deutschland e.V.
Regionalgruppe Hamburg**

Kulturhaus Eppendorf
Martinistraße 40
20251 Hamburg

Tel.: 040/479347

Fax: 040/473119

E-Mail: TID-Hamburg@arcor.de

Web: www.tibet-hamburg.de

Sehr geehrter Herr Generalkonsul,

Hamburg, 6. Januar 2006

die Regionalgruppe Hamburg der Tibet Initiative Deutschland e.V., das Tibetische Zentrum e.V. Hamburg und die Gesellschaft für bedrohte Völker versammelten sich am Internationalen Tag der Menschenrechte 2005 zu einer Kundgebung auf dem Jungfernstieg in Hamburg. Mit dem Motto „China ohne Menschenrechte“ wollten wir auch im Jahr 2005 darauf aufmerksam machen, daß Ihre Regierung weiterhin ohne irgendeine demokratische Legitimation handelt, Gesetze beschließt, die nicht rechtsstaatlich sind, gegen UN-Konventionen verstößt, und Tibeter und Uiguren als rechtlose und unbedeutende Minderheit behandelt. Viele kritische Bürger ihres Landes, Buddhisten, Protestanten, romtreue Katholiken und Falun-Gong-Anhänger werden in Gefängnisse, Arbeitslager und psychiatrische Anstalten eingewiesen.

Wir können nur staunen, wie Ihr Land trotz der wirtschaftlichen Öffnung Internetnutzer, Journalisten und Webseiten mit einer beispiellosen Zensur überzieht. Die angesehene Organisation „Reporter ohne Grenzen“ stellte China deshalb sogar als das „weltweit größte Gefängnis sowohl für Journalisten als auch für Internetnutzer“ dar. Die Gesellschaft für bedrohte Völker schreibt in einem Hintergrundbericht: „Selbst der Schriftsteller George Orwell wäre beeindruckt gewesen angesichts des gigantischen Überwachungs- und Repressionsapparates, den die chinesischen Behörden aufbauen, um eine digitale chinesische Mauer zu errichten.“ Mit mehr als 30 000 Beamten einer Internetpolizei verhindert die chinesische Regierung weiterhin jene Wahrheiten, der sich inzwischen auch ungezählte Menschen in China verpflichtet fühlen.

Viele chinesische Bürger sind es leid, kritiklos den regierungskonformen Parolen zu folgen, die zu nichts anderem dienen, als eine verkrustete Einparteiherrschaft zu erhalten. Sie sind es leid, daß noch immer der Ikone Mao Tse Tung gehuldigt wird, die nachweislich als Massenmörder bezeichnet werden kann, vergleichbar den Menschenschlächtern Hitler und Stalin. Chinesische Bürger sind es leid, daß China weltweit trotz seiner imponierenden wirtschaftlichen Entwicklung als Paria angesehen wird: Seit der Gründung der Volksrepublik China wurden in unglaublicher Art und Weise die Menschenrechte verletzt. Ihre Einheitspartei ist verantwortlich für Mord und Hungertod von bis zu 80 Millionen Menschen. In der Tat kann bei genauerem Hinsehen von einer „Mord-Geschichte“ gesprochen werden.

Wir möchten nur stichwortartig die auch Ihnen sicher bekannten „Wahrheiten in den Tatsachen“ aufzählen, die zu großem Leid in Ihrem Land geführt haben: die „Land-Reform“, die „Niederschlagung der Gegenrevolution“ mit 2,5 Millionen Toten, der sog. „Große Sprung nach vorn“ der bis zu 40 Millionen Menschenleben kostete, die „Kulturrevolution“ mit 8 Millionen Toten, das „Massaker auf dem Tiananmenplatz“ 1989 bei dem es 1000 – 3000 Tote gab und die Kampagne zur Vernichtung der Falun-Gong-Gemeinschaft, bei der es seit 1999 8 – 14000 vermutete Todesopfer und 3 Millionen Festnahmen und Einweisungen in Haftanstalten und Arbeitslager gab.

Himmelschreiendes Unrecht ist seit mehr als 50 Jahren in Tibet zu beobachten: z. B. der seit dem Einmarsch der Soldaten Mao Tse Tungs erfolgte Landraub, die Ausbeutung der Ressourcen des tibetischen Hochlandes, die Unterdrückung des tibetischen Volkes, die massive Einengung der Religionsausübung, die Zerstörung fast aller tibetischen Klöster und die millionenfache Besiedelung Tibets durch Chinesen. Es gibt keinerlei Berechtigung von einer historischen oder wie auch immer begründeten Zugehörigkeit Tibets zum Mutterland China zu sprechen. Es gibt keine Berechtigung, diesen Anspruch mit Gewalt durchzusetzen, wie es geschehen ist und heute durch beispiellose Repression noch immer geschieht.

Im vergangenen Jahr haben wir in unserem Offenen Brief an Sie, sehr verehrter Herr Generalkonsul, als Vertreter Ihrer Regierung, Fragen gestellt und klare Forderungen benannt. Diese sind von Ihrer Regierung nicht umgesetzt worden. Wir konnten in der chinesischen Politik auch im letzten Jahr keine positiven Aspekte erkennen, die z. B. die Auflösung der Umerziehungs- und Arbeitslager, die Abschaffung der Folter, das Verbot von Hinrichtungen oder die Freilassung politischer Gefangener betrifft. Noch immer hält Ihre Regierung den von den Tibetern anerkannten Panchen Lama versteckt. Noch immer durfte ihn keine internationale Delegation besuchen. Wir konnten auch nicht erkennen, daß China aufhört, die tibetische Hauptstadt Lhasa nach eigenem Gutdünken und aus eigener Machtvollkommenheit zu verändern und damit den Tibetern ihre Identität zu rauben. Wir sehen nicht, daß den jüngsten Gesprächen mit der Delegation des Dalai Lama wirklich substantielle Veränderungen folgen. Stattdessen geht der rhetorische Kreuzzug, die Verunglimpfungen gegen den Dalai Lama, den Friedensnobelpreisträger und Anwalt seines Volkes in amtlichen Aussagen und chinesischen Publikationen weiter.

Die waffenstarrende Präsenz mit einer halben Million chinesischer Soldaten in Tibet, Stützpunkte für Raketen und zahlreiche Militärflughäfen und nunmehr auch mit einer Eisenbahn, die schnelle Truppenbewegungen ermöglicht, passen ins Bild einer Diktatur, die schon lange auf den Abfallplatz der Weltgeschichte gehört.

Auch die Menschen ihres Landes erwarten eine Veränderung. Sie wollen, daß ihr Land ein geachtetes Mitglied der Völkergemeinschaft wird. Sehr geehrter Herr Generalkonsul: Tun Sie etwas dafür. Verpflichten Sie sich der Wahrheit und verändern Sie eine Politik, die täglich Menschenrechte mißachtet.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.

Helmut Steckel, Tibet Initiative Deutschland e.V. Hamburg

Axel Prosch, Tibetisches Zentrum e.V. Hamburg

Felix van Hove, Gesellschaft für bedrohte Völker, Regionalgruppe Hamburg